

## Wird Europa mündig?

Vermutlich hätte es gar nicht des nahöstlichen Anstoßes bedurft, um im westlichen Europa die seit langem — freilich mehr intern, unklar artikuliert und wenig konsequent — geführte Diskussion über die brüchigen Grundlagen der militärischen Allianz und des Verhältnisses zwischen den kontinentalen Vertragspartnern und der militärisch stärksten, aber in der NATO längst nicht mehr politisch führenden Großmacht USA zu beleben. Aber ebenso sicher dürfte sein, daß die aus dem nahöstlichen Fünf-Tage-Krieg zu ziehenden weltpolitischen Lehren es nicht mehr gestatten, sich diesseits und jenseits des Atlantik auf den gelegentlichen Austausch mehr oder weniger unfreundlicher bzw. kritischer Erklärungen über den unbefriedigenden Zustand der Konsultation und der Zusammenarbeit zu beschränken. Der Zeitpunkt ist nämlich gekommen, da die vielberedeten Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen. Mit dem bloßen Konstatieren von allseits bekannten Faktoren, das heißt: mit dem Hinweis auf die unübersehbare Block-Erosion und Block-Verdrossenheit, die nicht nur in "Westeuropa tiefe Spuren hinterlassen hat, kann es nicht länger getan sein. 1969 läuft der Vertrag über das nordatlantische Bündnis ohnehin aus. Und es ist geradezu unwahrscheinlich, daß alle Vertragsstaaten unisono bekunden werden, dieses militärische System solle auch für die kommenden Jahrzehnte unverändert so bleiben, wie es bisher war.

### *Es kriselt seit langem*

Nicht erst seit 1967 kriselt es in den Allianzen hüben und drüben. Nicht erst seit gestern und heute verbreitet sich Unzufriedenheit. Die kleineren und mittleren Staaten gehen mit den Supermächten, den einstigen Blockführern, nicht mehr konform. Sie stellen Sinn und Wert der Allianzen in Frage und wollen wissen, ob die veränderten weltpolitischen Umstände ebenso wie das dadurch gewandelte Verhältnis zwischen ihnen und den Atomgiganten nicht durchgreifende Reformen des erstarrten Allianzschemas erforderlich machen. Dabei schält sich im westlichen Bereich heraus, daß Denkmodelle, die auf der Vorstellung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems beruhen, den Block-Antagonismus aufheben bzw. mildern und die Paktbindungen einer wohlüberlegten, sorgsam aufeinander abgestimmten Entspannungspolitik nutzbar machen wollen, auf fruchtbaren Boden fallen. Den Amerikanern konnte dies nicht verborgen bleiben, wußten sie doch schon seit *de Gaulles* Ausscheren aus der westlichen Front, daß zwar dessen extrem nationalbezogener Ausgangspunkt keine einhellige Billigung findet, daß aber manche seiner Thesen und Tendenzen nicht rundweg verurteilt werden.

Spätestens im März dieses Jahres begriff Washington, daß bereits eine erste Zäsur im kontinentaleuropäisch-amerikanischen Verhältnis erfolgt sein mußte, ließen doch die Westeuropäer beim Non-Proliferation-Thema den Mann im Weißen Haus spüren, wie mündig sie sich jetzt fühlten. *Johnson* schickte darum *Humphrey*, um zu sondieren und zu erläutern, westeuropäische Klagen geduldig anzuhören und amerikanische Versicherungen zu erneuern. Aber daß der zweite Mann kam und nicht der Präsident selbst, daß also der nach der US-Verfassung nicht sonderlich einflußreiche Vizepräsident den schweren Gang nach Europa antreten mußte, bewies entweder eine erschreckende Unkenntnis des wahren Sachverhalts und des Tiefgangs der Differenzen oder ein durch die unglückselige Vietnam-Verstrickung verursachtes Washingtoner Desinteressement. Wenn der amerikanische Präsident auf solche Weise demonstrieren wollte, wieweit in seiner Sicht die weltpolitischen Weichen bereits gestellt waren, dann mußte er auch die daraus resultierenden Interessenkollisionen einkalkulieren. Vom verhängnisvollen vietnamesischen Engagement völlig gefangen, hatte *Johnson* damals anscheinend noch nicht er-

kennt, daß die europäische Skepsis, über die man sich in Washington ziemlich verärgert zeigte, eben auch, wengleich nicht ausschließlich, mit dem mörderischen Dschungelkrieg in Südostasien zusammenhängt.

### *Nur Soll-Erfüllung?*

Was sind denn im Detail die Motive der wachsenden europäischen Selbstbesinnung und der ungeniert gezeigten Reserve gegenüber amerikanischen Deklamationen und Handlungen? Der englische *Spectator* hat einmal sinngemäß geschrieben, die Amerikaner zollten zwar dem atlantischen Bündnis immer wieder Lippenbekenntnisse und absolvierten, wenn es verlangt werde, ihre pflichtgemäße Soll-Erfüllung an Solidaritätsbezeugungen; tatsächlich aber trieben sie eine nationalbegrenzte Politik, beispielsweise mit dem amerikanisch-sowjetischen Non-Proliferation-Dialog. Daran ist zweifellos etwas Wahres, obgleich hinzugefügt werden sollte, daß die da und dort anzutreffende europäische Sorge vor einem Überspieltwerden schon immer ihr Eigengewicht besaß und sicherlich nicht allein für die Unterkühlung des Klimas verantwortlich gemacht werden kann. Am anschaulichsten bietet sich die Vielschichtigkeit dieses Komplexes wohl *am Beispiel Englands* dar.

Großbritannien hatte sich, schon wegen der „angelsächsischen Vetternschaft“ und des sich daraus ergebenden Sonderverhältnisses (*Special relationship*), immer genötigt gefühlt, die Bindung an die Vereinigten Staaten allen anderen Verpflichtungen voranzustellen. Das ging sogar so weit, daß die Staatsmänner an der Themse die amerikanische Vietnam-Politik (was heißen will: den auch von den Amerikanern inzwischen als lästig empfundenen Dschungelkrieg) ausdrücklich billigten. Allmählich aber fiel es dem Labour-Premier *Harold Wilson*, vielleicht auch wegen des wachsenden Widerstands in seiner Fraktion, immer schwerer, dieses Lippenbekenntnis — sehr viel mehr wird es wohl nie gewesen sein — zu wiederholen. Er konnte einfach die Eskalation in Vietnam nicht mehr zustimmend hinnehmen, er wollte loskommen von der Belastung, gemeinsam mit den Amerikanern das vietnamesische Gemetzel für eine glorreiche demokratische Tat ausgeben zu müssen. Londons neues Verteidigungskonzept, das im Abbau der militärischen Verpflichtungen „östlich von Suez“ gipfelt, kann denn auch als vorsichtige Distanzierung von Amerikas asiatischer Politik ausgelegt werden. Daß Johnson tiefe Enttäuschung zeigte, läßt immerhin die Möglichkeit offen, daß auch er eine solche Deutung nicht ausschließt.

Zugleich zwang sich der englischen Regierung die „Rückkehr nach Europa“ als unumgänglich auf. Wilson suchte, vorerst allerdings vergeblich, die Tür zur Wirtschaftsgemeinschaft zu öffnen, was schon wegen des störrischen französischen Staatschefs nicht ohne vorsichtige Distanz zu Washington bewerkstelligt werden kann. Daß Wilsons Kabinett, allen Widerständen zum Trotz, so beharrlich um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt wirbt, hat natürlich viel mit den ökonomischen Problemen zu tun, denen sich die verantwortlichen Männer in London gegenübersehen. Es hängt jedoch auch mit der vielberedeten technologischen Lücke zusammen, die den weiterblickenden Europäern zunehmend Kopfschmerzen bereitet. Denn jetzt schon wird Europa von kritischen Sachkennern als verödete technologische Provinz bezeichnet, die in den zukunftssträchtigen Industriebereichen, der Luftfahrt, der elektronischen Steuerungssysteme und der Raketentechnik, immer mehr ins Hintertreffen gerät — es sei denn, man bringe durch eine große gemeinsame Anstrengung aller Europäer das Geld für die einschlägigen Forschungen auf, integriere die in Frage kommenden Industrien, schaffe einen Großmarkt, der Großserien abzunehmen vermag, und stelle das anachronistische Bildungssystem entsprechend um.

Daß der amerikanische IBM-Konzern heute zu 80 Prozent — so wird geschätzt — den westeuropäischen Datenverarbeitungsmarkt beherrscht, ist für sich genommen noch nicht so alarmierend. Viel schlimmer ist die Konsequenz, die sich aus diesem Tatbestand

ableiten läßt: Europa kann à la longue seinen Industrie-, Export- und Konsumstandard, und das heißt auch: sein Sozialniveau, nur aufrechterhalten und verbessern, wenn es durch entsprechende eigene Forscherleistungen den Anschluß an das Weltniveau herstellt. Nicht umsonst hört man in der letzten Zeit verstärkt das Argument, gerade der technologische Zustand Europas übe den entscheidenden Zwang auch zur politischen Vollintegration aus. Mit einem gemeinsamen Agrarmarkt sind jedenfalls die ökonomisch-technischen Probleme nicht gelöst.

#### *Zweifel am Nutzen von Garantien*

Was England diesbezüglich bewegt, ist selbstverständlich auch anderen europäischen Ländern nicht fremd: Europa sollte mündiger und unabhängiger werden. In der Bundesrepublik kommt noch hinzu, daß immer lautere Zweifel angemeldet werden, ob denn die bis zum Überdruß von vergangenen Bundesregierungen angeforderten amerikanischen Verpflichtungserklärungen überhaupt noch einen praktischen Nutzwert haben. Wurde nicht bloß längst Bekanntes gedankenlos wiederholt, weil man anders die auf ständige Liebeserklärungen versessenen Regierungen *Adenauer* und *Erhard* nicht loswerden konnte? Tatsächlich wirkte es früher nachgerade peinlich, wenn deutsche Regierende jeweils eigens zu dem Zweck über den großen Teich flogen, um in Washington ihren Evergreen zu hören: Amerika ist natürlich für die Wiedervereinigung, und der Schutz Berlins ist auch eine ausgemachte Sache. War diese Platte abgespielt, zeigten sich die deutschen Amerikafahrer jeweils hochbeglückt und verfehlten nie, solche amerikanischen Bekundungen, deren ausnehmende Unverbindlichkeit auch dem Harmlosesten aufgehen mußte, mit feierlichem Zeremoniell als lebenswichtige Tat zu bejubeln.

Von diesem reizlosen Spiel scheint die Große Koalition erfreulicherweise abgekommen zu sein, wie sie überhaupt mehr als frühere Bundesregierungen dazu neigt, papierne Garantien nicht überzubewerten und ganz prinzipiell die Eigeninteressen durch Eigenaktionen stärker zur Geltung zu bringen und nicht mehr, wie einst üblich, auf den amerikanischen Anstoß bzw. Segen zu warten. Man wird eben mehr und mehr auf eigenen Füßen zu stehen haben. Das einzusehen, fällt offenbar nicht jedem leicht.

Hinter solchen und ähnlichen Entwicklungen steht das, was man gemeinhein „veränderte weltpolitische Bedingungen“ nennt. Tatsächlich drängen sich heute viele Fragen auf, die sich aus den globalen Wandlungsprozessen ergeben und deren Beantwortung nicht auf die lange NATO-Bank geschoben werden kann:

Ist der Block-Antagonismus alten Stils überhaupt noch der Weisheit letzter Schluß? Müssen nicht vielmehr die Blocksysteme entweder mit politischem Inhalt, das heißt mit Entspannungssubstanz, angereichert oder gar in eine umfassendere Ordnung eingebaut werden, die beide Machtblöcke überdacht?

Ist die NATO als rein militärisch konstruiertes Sicherheitsinstrument noch glaubwürdig? Was heißt „Vorne-Verteidigung“ und was „flexible Strategie“? Funktioniert der Allianzapparat? Und würde er die Belastungen eines Krisenfalls verkraften?

Das sind die Fragen, die seit dem Nahost-Krieg immer häufiger und energischer gestellt werden, eben weil im Vorderen Orient offenbar wurde, daß Garantien, in diesem Fall die für Israel, von recht bescheidenem Kurswert sind.

Daß Entspannungspolitik ganz allgemein und der darin eingebettete amerikanisch-sowjetische Dialog im besonderen — dessen Notwendigkeit nirgends ernsthaft bestritten wird, sieht man von den Politikern ab, die der simplen Frontstellung des Kalten Krieges nachtrauern — fast automatisch zu einer „Aushöhlung“ der nicht auf Entspannung angelegten Militärbündnisse führen müssen, liegt auf der Hand. Aber bislang fehlte eine

gründliche Erörterung, wie solche Blocksysteme in der Ära systematischen Entspannungsbemühens strukturiert sein sollten.

Schließlich ist es an der Zeit, eingehend über das nachzudenken, was Rumäniens Politiker, von *Ceausescu* über *Maurer* bis *Manescu*, nicht müde werden zu wiederholen: Das Konzept, Sicherheit durch Aufrechterhaltung von Militärblocken zu suchen, ist anachronistisch.

#### *Neue Sicherheitsbegriffe*

Neue Sicherheitsbegriffe müssen auf die Tagesordnung gesetzt werden. In "West- und Osteuropa wächst die Einsicht, daß mit verstaubten Kategorien den Problemen von heute nicht beizukommen ist. Zwischen Rumäniens Denkmodellen, dem Plan des Belgiers *Harmel*, dem *Brandt-Konzept* für eine europäische Friedensordnung und den *dänischen* Bemühungen um ein Minimum an Gemeinsamkeiten zwischen West- und Osteuropa besteht ein unleugbarer Zusammenhang. Sie entsprechen einem Trend, der mit amerikanischen und sowjetischen Intentionen noch nicht ganz konform geht. Aber immerhin gibt es im globalen Rahmen schon seit *Kennedys* Zeiten die These, daß zwischen den beiden Atomsupermächten „begrenzte gemeinsame Interessen“ bestehen, die das weltpolitische Handeln Moskaus und Washingtons wesentlich beeinflussen, ohne daß damit ihre ideologisch-machtpolitischen Gegensätze ausgeräumt wären.

Warum sollte eine solche Formel, die die Koexistenz vom wettbewerblichen Gegen- und Nebeneinander zum Miteinander in bestimmten Bereichen weiterführt, nicht eine zweckentsprechende Übertragung auf Europa finden? Auch die europäischen Staaten, hüben und drüben, verfügen über einen gemeinsamen Besitz parallel laufender Interessen: Die kommunistischen Staaten Europas brauchen die ökonomisch-technisch-wissenschaftliche Bereicherung durch die hochentwickelten Industrienationen der EWG und der EFTA; diese wiederum legen auf den fortschreitenden Ausbau ihres Osthandels den allergrößten Wert, ein Wunsch, der angesichts vorhandener struktureller und konjunktureller Beschwernisse sogar eine höchst aktuelle Dringlichkeitsstufe erreicht hat. Außerdem erfordern die technologischen Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft eine möglichst gesamt-europäische Plattform,, worauf an anderer Stelle schon aufmerksam gemacht wurde.

*Kossygin*, der einerseits mit Befriedigung registriert, daß de Gaulle weiterhin England vom Gemeinsamen Markt fernhält und damit die westeuropäische Einigung verhindert, andererseits den technologischen Aspekt richtig einzuschätzen weiß, glaubte offenbar, dem skizzierten gesamteuropäischen Trend entgegenwirken zu müssen: An *Wilsons* Adresse richtete er das Angebot zur handelspolitischen und technologischen Zusammenarbeit, wovon eventuell auch Frankreich profitieren könnte. Des Kremls Zukunftsvision geht wahrscheinlich dahin, daß die kombinierte Kapazität der UdSSR und der wichtigsten europäischen Industriestaaten mehr und besseres zu leisten vermag als die Wirtschaft und Wissenschaft der USA. Der Hinweis auf die natürlichen Hilfsquellen einer so gearteten Gruppierung und ihr „know how“ sollte diese Offerte noch verlockender machen, die bereits vereinbarte Kooperation zwischen dem Sowjet-Management und den Autokonzernen Fiat und Renault, den Geschäftssinn der Briten in die dem Kreml genehme Richtung lenken.

#### *Multipolar statt bipolar*

Während *Kossygin* allem Anschein nach noch immer der bipolaren Struktur der Weltpolitik anhängt, laufen die europäischen Überlegungen — Betonung der westeuropäischen Eigenständigkeit und der gesamteuropäischen Interessen — auf multipolare Umwandlung

hinaus. Wobei zu bedenken wäre, daß die Bipolarität sowieso mehr ein Wunschtraum als eine weltpolitische Realität ist. Denn China, nunmehr im Besitz der H-Bombe und wohl auch bald der entsprechenden Trägerwaffen, macht die auf den „Geist von Camp David“ (1959) zurückzuführende Weltpolizistenrolle der Atomgiganten allmählich illusorisch; und die Grandeur-Manie de Gaulles richtet sich ja gleichfalls gegen die Bipolarität, die der General vollends aus den Angeln heben möchte, um ein „neues Yalta“ — diesmal der großen Zwei — zu verhindern. So kommt der *Status quo* immer mehr in Bewegung, freilich ohne daß behauptet werden könnte, er wäre schon aufgehoben, wie Prof. *Waldemar Besson* in einer lesenswerten Schrift festgestellt hat („Die großen Mächte“, Freiburg 1966, S. 25). Auch dieser Politologe ist der Meinung, daß das Gleichgewicht der Supermächte den sogenannten Sekundärstaaten größeren Spielraum gibt, den ja nicht nur, um in Europa zu bleiben, de Gaulle bis zum letzten Quadratmeter und Ceaucescu bis zur Grenze der ideologischen Markierungslinie nutzen wollen, sondern der auch, wie sich jüngst im Europaparlament bei der Verabschiedung von Prof. *Walter Hallstein* herauschälte, die EWG-Staaten zu zukunftsweisenden Denkübnungen veranlaßt. Das ist zweifellos ein neues Element in der Weltpolitik, zur Zeit zwar noch schattenhaft konturiert, aber auf längere Sicht nicht ohne eigenprägende Kraft.

Der Fünf-Tage-Krieg im Nahen Osten, die unmittelbare Vorgeschichte, seine Begleiterscheinungen und Nachwirkungen, beinhalten eben nicht nur auf diesen Raum beschränkte Konsequenzen. Folgerungen und Folgen von weltpolitischen Dimensionen sind einfach unausweichlich. Die Supermächte sind interessenbedingt stark aneinandergelockt. Als Weltpolizisten können sie nur beschränkt fungieren. Doch „das ist die Paradoxie der Macht in der modernen Welt: ihre Aktionsmöglichkeiten sind arg beschränkt“ — so der amerikanische Kolumnist *Erwin D. Carham*. Die Schlußfolgerung dieses Journalisten lautet deshalb: Die Supermächte können ihren Einfluß nicht mehr durch den Einsatz ihrer Machtmittel ausüben, sie müssen sich dazu andere Wege suchen, „aber auch dieser Einfluß ist von sehr unsicherem Gewicht“. Das hat mindestens eine temporäre Beschränkung des eigenen Aktionsspielraums zur Folge, und immer wieder werden die beiden Supermächte, wenn sie sich von Aktionen etwas versprechen, zwangsläufig zum Minimum an Interessengemeinschaft zurückgeführt: den großen Krieg zu verhindern, kleine Kriege nicht zu Weltkonflikten ausufern zu lassen, den Kreis der Atomwaffenbesitzer einzuengen und China nicht die Rolle des lachenden Dritten zu gönnen. Gemeinsames *crisis management* bleibt also trotz der weiterhin bestehenden Gegensätzlichkeiten der Verbindungsstrang zwischen Washington und Moskau.

Warum sollten sich die europäischen Sekundärmächte demokratischer und kommunistischer Provenienz dieser Gegebenheit nicht bedienen? Warum sollten sie nicht ihrem Minimum an Interessengemeinschaft ebenfalls Priorität einräumen? Selbst ideologisch motivierte Blockbindungen unterliegen der Korrektur durch den geschichtlichen Ablauf. Wenn nicht alles täuscht, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die ersten konkreten Schritte in Richtung auf Revision zu wagen. Westeuropas mündigeres Auftreten gegenüber den USA, Osteuropas Drang, den industriell-technischen Nachholbedarf in Westeuropa zu decken, und das dadurch bedingte Bemühen, die Blockbarrieren einzuebrennen, sind Entwicklungstendenzen, die aufeinanderzulaufen, die also durchaus zur Deckung gebracht werden können. Am *Status quo* in Europa, soweit man darunter nichts anderes als eine geographische Linie versteht, würde sich dadurch allerdings nicht viel ändern, aber er verlöre ohne Zweifel mehr von seinem trennenden Charakter. Wenn das kein Gewinn wäre . . .

*Was wäre ein Glaube nütze, der nichts wagen will?*

Romain Rolland